



## Kosten der Klimawende gerecht verteilen



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU  
Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert stärkere Anstrengungen der Politik im Klimaschutz. Im Baubereich bestehen dafür große Potenziale. Deshalb unterstützt die IG BAU die Verbändeinitiative für eine steuerliche Fördermöglichkeit energetischer Gebäudemodernisierungen. Die mehr als 40 Verbände und Organisationen überreichten heute einen gemeinsamen und offenen Brief an die Ministerpräsident\*innen der Länder, mit der Aufforderung, sich im Bundesrat für die gesetzliche Verankerung eines wirksamen Steueranreizes sowie einer Berücksichtigung des Vorhabens im Bundeshaushalt 2020 einzusetzen.

„Die Potenziale für Energie- und CO<sub>2</sub>-Einsparung im Gebäudebereich müssen endlich aktiviert werden. Nur so lassen sich die Klimaziele erreichen. Mit dieser Förderung stärkt der Staat zugleich gute Arbeit und regionale Wirtschaftskreisläufe“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Klimaschutz im Gebäudebereich ist aber auch eine soziale Frage: Bisher profitieren von Modernisierungsmaßnahmen im Mietwohnungsbereich vor allem Vermieter, während die Mieter\*innen durch Modernisierungsumlagen eine erhöhte Mietbelastung tragen müssen. Die Kosten der Klimawende müssen endlich gerechter verteilt werden! Wenn energetische Sanierungen für Eigentümer\*innen attraktiver werden, müssen auch Mieter\*innen dadurch entlastet werden. Eine steuerliche Förderung muss aus Sicht der IG BAU deshalb mit einer entsprechenden Absenkung der Modernisierungsumlage verbunden werden. Eine doppelte Subvention von Immobilieneigentümern durch Steuerförderung und Umlagefähigkeit lehnen wir ab.“